

8. Die Folgen der Transformation für den Erwerbseinstieg ostdeutscher Jugendlicher: Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Im Zuge der ostdeutschen Transformation sind an die Stelle geregelter Bildungslaufbahnen, kontinuierlicher Beschäftigung, der Planbarkeit und Vorhersagbarkeit von beruflicher und familiärer Entwicklung unsichere Bildungs- und Beschäftigungsoptionen getreten, die die Lebensverläufe in hohem Maße vervielfältigen und damit weniger klar konturieren. In der DDR kam das Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystem dem substitutionsorientierten Abstimmungskonzept in seiner Extremposition sehr nahe, so dass der Erwerbseinstiegsprozess sowohl zeitlich als auch inhaltlich in institutionell eng definierten Bahnen lief. Mit dem Transfer des westdeutschen Schul- und Berufsausbildungssystems und dem massiven Arbeitsplatzabbau während der ostdeutschen Transformation war die Umgestaltung dieses Verhältnisses zu einem stärker mobilitätsorientierten Abstimmungskonzept verbunden. In der vorliegenden Arbeit wurde der Frage nachgegangen, welche Folgen diese weitreichenden Umstrukturierungen für den Erwerbseinstiegsprozess der ostdeutschen Jugendlichen, die ihre Entscheidung für einen weiterführenden Schulbesuch bzw. für eine berufliche Ausbildung noch unter den Bedingungen des alten Gesellschafts-systems getroffen hatten und ihren Erwerbseinstieg während der ostdeutschen Transformation bewältigen mussten, hatte? Spielten die beim Erwerbseinstieg in der DDR bestehenden Ungleichheitsmechanismen auch während der ostdeutschen Transformation eine strukturprägende Rolle, wirkten sie vielleicht gar verschärft oder lassen sich Hinweise finden, dass sich ein gänzlich neues Ungleichheitsgefüge herausgebildet hat?

Bei der theoretischen Betrachtung des Übergangsprozesses zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem gibt es im Wesentlichen zwei unterschiedliche Herangehensweisen. *Einerseits* wird der Übergang von der Schule ins Erwerbsleben als institutionell gesteuerter Prozess der Arbeitsmarktintegration verstanden. So beschränken sich z.B. arbeitsmarkttheoretisch fundierte Analysen auf die Untersuchung der unter den jeweils gegebenen institutionellen Rahmenbedingungen ausschlaggebenden Determinanten für die Arbeitsmarktallokation. Vernachlässigt wird dabei vor allem, dass der Arbeitsmarkt nicht den einzigen Handlungsrahmen beim Erwerbseinstiegsprozess darstellt. Insbesondere den Bedingungen für unterschiedliche Bildungschancen wird in arbeitsmarkttheoretischen Ansätze keine größere Beachtung geschenkt, obwohl sie sich u.a. mit der Verwertbarkeit von Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt beschäftigen. Zudem sind die Entscheidungen, die im Zusammenhang mit dem Erreichen einer bestimmten beruflichen Position in der Gesellschaft im Zusammenhang stehen, sozial geprägt und nicht nur von den aktuellen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt abhängig. *Andererseits* wird der Übergang vom Bildungs- ins Beschäftigungssystem als individueller Schritt ins Erwerbsleben konzipiert. Im Mittelpunkt berufswahltheoretischer Ansätze steht z.B. die Frage, welche Bedingungen

für eine individuelle beruflichen Entscheidung maßgeblich sind. Bei dieser Konzeption wird der Zusammenhang zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt fast vollständig ausgeblendet und geht nur als eine die individuelle Entscheidung beschränkende Randbedingung in die Betrachtung ein.

Bei der Gegenüberstellung dieser beiden Perspektiven wurde deutlich, dass die Konzentration auf einen je spezifischen Ausschnitt des Erwerbseinstiegs zwar zu weitreichenden Einsichten über die Determinanten und Mechanismen der Selektion bzw. Entscheidung beim Erwerbseinstieg, jedoch auch zu einer verschärften Abgrenzung zwischen diesen beiden Perspektiven geführt hat. Es mangelt also weniger an theoretischen Modellen zur Beschreibung des Erwerbseinstiegs, sondern es fehlte bisher eher eine theoretische Basis, die eine *Verknüpfung der gesellschaftlichen und der individuellen Perspektive* ermöglicht.

Traditionell konzentrieren sich Erwerbseinstiegsanalysen auf die Untersuchung der Bedingungen für die Bewältigung einer ausgewählten Selektions- und Entscheidungsstufe beim Erwerbseinstieg und gehen von der Annahme relativer Stabilität der institutionellen Rahmenbedingungen aus. Beide Annahmen treffen jedoch auf den Erwerbseinstiegsprozess während der ostdeutschen Transformation nicht zu. Eine besondere Herausforderung in der vorliegenden Arbeit bestand deshalb darin, dem prozessualen Charakter des individuellen Handelns sowie der strukturellen Rahmenbedingungen gerecht zu werden. Mit Hilfe sozialisationstheoretischer Überlegungen gelingt es, den Erwerbseinstieg als einen individuellen, sozial geprägten Entscheidungsprozess zu konzipieren. Durch die Konzentration auf die Untersuchung der Bedingungen und Mechanismen des Zustandekommens individueller Entscheidungen gerät bei diesen Ansätzen jedoch in der Regel aus dem Blickfeld, dass parallel zu den individuellen Entscheidungs- auch soziale Selektionsprozesse stattfinden. Blau u.a. (1956) gelang demgegenüber ein aufschlussreicher theoretischer Entwurf eines interdependenten Entscheidungs- und Selektionsprozesses beim Erwerbseinstieg. Da die dabei erreichte inhaltliche Differenzierungstiefe für die theoretische Grundlegung einer *die individuellen Handlungsprozesse und die emergenten gesellschaftlichen Strukturen integrierenden Betrachtungsweise* des Erwerbseinstiegs jedoch noch nicht ausreicht, wurden in der vorliegenden Arbeit die methodologischen Überlegungen des lebensverlaufstheoretischen Ansatzes für die theoretische Konzeption eines dem Erwerbseinstiegsprozess adäquaten Forschungsdesigns fruchtbar gemacht. Indem die forschungsprogrammatischen Annahmen des Lebensverlaufsansatzes für den Erwerbseinstiegsprozess spezifiziert wurden, ist es gelungen, eine theoretische Ausgangsbasis für die Analyse der Veränderungen des Übergangs vom Bildungs- ins Beschäftigungssystem unter besonderer Berücksichtigung der Wandlungsfähigkeit gesellschaftlicher Rahmenbedingungen zu schaffen.

Dieses neuentwickelte empirische Analysekonzept wurde bei der Untersuchung der Entkopplungsfolgen von Bildungs- und Beschäftigungssystem während der ostdeutschen Transformation für den Erwerbseinstiegsprozess der Jugendlichen umgesetzt. Aufbauend auf die Analyse des historisch und gesellschaftlich spezifischen Verhältnisses von Bildungs- und Beschäftigungssystem vor und während der ostdeutschen Transformation wurden durch die Kombination verschiedener Analyseperspektiven detaillierte und umfassende Einsichten über die Veränderungen des Erwerbseinstiegsprozesses gewonnen. Dabei gelang es, bisherige Ergebnisse der Transformationsforschung in einigen Punkten zu erweitern, in anderen zu differenzieren bzw. revidieren und in vielerlei Hinsicht zu bestätigen. Die wichtigsten dieser Ergebnisse werden im Folgenden schlaglichtartig zusammengefasst.

8.1. Die Folgen der Entkopplung von Bildungs- und Beschäftigungssystem für die Differenzierung von Erwerbsintegrationschancen

Zieht man eine Zwischenbilanz der sozialwissenschaftlichen Erforschung des ostdeutschen Transformationsprozesses, so ist zu erkennen, was bereits gut dokumentiert ist und wo es noch wichtige Erkenntnislücken gibt. Es gibt – zum Teil trotz verfügbarer Daten – erstaunlich wenig Forschungsergebnisse zu tatsächlichen individuellen Verläufen. Obwohl die meisten der empirischen Transformationsstudien auf Individualdaten basieren, handelt es sich dabei jedoch meist nicht um Analysen individueller Lebensverläufe, sondern um aggregierte Beschreibungen der Bildungsbeteiligung, der Arbeitsmarktentwicklung, etc.. Insbesondere wenn es um die ostdeutschen Jugendlichen geht, werden in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung eher deren spezifische Problemlagen und weniger deren individuelle Lebensverläufe analysiert. Demgegenüber wurden in der vorliegenden Arbeit die Veränderungen des Erwerbseinstiegsprozesses während der ostdeutschen Transformation – auf der Grundlage personenbezogener Längsschnittdaten zu den Lebensverläufen der 1959-61 und 1971 in der DDR Geborenen – aus einer Verlaufsperspektive untersucht.

Der Erwerbseinstiegsprozess der ostdeutschen Jugendlichen, die noch vor 1989 ihre erste berufliche Ausbildung bzw. eine weiterführende Schulausbildung begonnen hatten, ist im Vergleich zum Erwerbseinstieg in der DDR von spezifischen Destandardisierungstendenzen gekennzeichnet. In der vorliegenden Arbeit konnte belegt werden, dass sich Verzögerungen beim Erwerbseinstieg der ostdeutschen Jugendlichen bereits hinsichtlich des *Abschlusses der ersten beruflichen Ausbildung* zeigten. Die vor allem durch institutionelle Veränderungen (z.B. Abwicklung von Fachschulen, Anpassung von Ausbildungsprofilen an westdeutsche Vorgaben) verursachten Ausbildungsabbrüche mündeten jedoch in der Regel nicht in Arbeitslosigkeit bzw. unqualifizierte Erwerbstätigkeit. In der Regel gewährleisteten spezifische Übergangsregelungen – selbst wenn

nicht alle üblichen Zugangsvoraussetzungen erfüllt werden konnten – eine Fortsetzung der Erstausbildung bzw. den Erwerb eines für die Ausübung eines dem ursprünglichen Berufsziel vergleichbaren beruflichen Ausbildungszertifikates. Jedoch nicht nur durch eine zunehmende Anzahl von Ausbildungsabbrüchen verlagerte sich der Zeitpunkt des ersten Ausbildungsabschlusses auf ein späteres Lebensalter. Hinzu kam, dass sich durch die zeitliche und sachliche Deregulierung des Hochschulstudiums während der ostdeutschen Transformation die Hochschulausbildung drastisch verlängerte. Die Verzögerung des ersten Ausbildungsabschlusses ist demnach einerseits auf einen transformationsbedingt zunehmenden Anteil von Ausbildungsabbrechern und andererseits auf deutlich verlängerte Hochschulausbildungen zurückzuführen.

Diese Verzögerung hat auch eine Verlagerung des Zeitpunktes der *Aufnahme einer ersten Erwerbstätigkeit* zur Folge, ist indes nicht die einzige Ursache für die spätere erste Erwerbsaufnahme in der 1971er Geburtskohorte. Obwohl das Ausmaß der Übergangsprobleme von der beruflichen Erstausbildung in eine erste Erwerbstätigkeit während der ostdeutschen Transformation weit weniger dramatisch ausfiel als erwartet, führte insbesondere die Aufnahme einer weiteren beruflichen Ausbildung direkt im Anschluss an den Abschluss der Erstausbildung häufig zu einer zusätzlichen Verzögerung des Beginns einer ersten Erwerbstätigkeit. Offensichtlich verhinderte eine weitgehend unveränderte Übernahmepraxis der Ausbildungsbetriebe Anfang der 90er Jahre und die großzügigen Umschulungsregelungen, dass diese Jugendlichen nach dem Abschluss ihrer Erstausbildung arbeitslos wurden.

Besonders massive Destandardisierungstendenzen beim Erwerbseinstiegsprozess während der ostdeutschen Transformation sind jedoch bei der Betrachtung der *Erwerbs- bzw. Berufsstabilität* zu konstatieren. Die Verbleibsdauer in der ersten Erwerbstätigkeit bzw. im Erstberuf sank im Zuge der ostdeutschen Transformation dramatisch. Die Folgen der Entkopplung von Bildungs- und Beschäftigungssystem sind demzufolge zwar schon beim ersten Ausbildungsabschluss und der Aufnahme einer ersten Erwerbstätigkeit bemerkbar, kommen jedoch erst bei der Betrachtung der auf die Aufnahme der ersten Erwerbstätigkeit folgenden beruflichen Mobilitätsprozesse deutlich zum Ausdruck.

In den empirischen Analysen hat sich insgesamt ein komplexes Bild von den Veränderungen des Erwerbseinstiegsprozesses während der ostdeutschen Transformation ergeben. Es kam zu einer lebenszeitlichen Verzögerung des ersten Ausbildungsabschlusses und der Aufnahme einer ersten Erwerbstätigkeit. Darüber hinaus konnten in der vorliegenden Arbeit mehrere Belege für eine Vervielfältigung des Erwerbseinstiegsprozesses gefunden werden. Insofern konnten die Lebenszeitliche, die Dauerbezogene und die Sequenzmusterspezifische Destandardisierungshypothesen bestätigt werden. Jedoch kam es beim Erwerbseinstieg der ostdeutschen Jugendlichen, deren Entscheidung für eine berufliche Ausbildung bzw. für die Fortsetzung der schulischen Ausbildung noch vor 1989

gefallen war, während der Transformation zu einer hohen lebenszeitlichen Standardisierung beruflicher Mobilität. Neben lebenszeitlichen Destandardisierungstendenzen lassen sich demnach auch – in einem spezifischen Wechselverhältnis dazu stehende – lebenszeitliche Standardisierungstendenzen beim Erwerbseinstieg aufzeigen.

Hervorzuheben ist, dass die ostdeutschen Jugendlichen nicht gleichermaßen von der Entkopplung von Bildungs- und Beschäftigungssystem und den wirtschaftsstrukturellen Veränderungen getroffen wurden. In der vorliegenden Arbeit konnte nachgewiesen werden, dass insbesondere die Schließung von Erwerbchancen nach dem Berufsprinzip, die damit eng verknüpfte geschlechtsspezifische Segmentierung des Arbeitsmarktes sowie die unterschiedliche individuelle und soziale Ressourcenausstattung strukturprägende Ungleichheitsmechanismen während der ostdeutschen Transformation darstellten. Im Folgenden werden diese Differenzierungslinien genauer beschrieben und deren erwerbseinstiegsprägende Bedeutung herausgearbeitet.

8.1.1. Die Anschlussfähigkeit beruflicher Ausbildungszertifikate

In der vorliegenden Arbeit konnte nachgewiesen werden, dass – wie in der Berufsspezifischen Zertifikatsentwertungshypothese vermutet – die Erwerbseinstiegschancen der ostdeutschen Jugendlichen, die noch unter den Bedingungen der DDR eine berufliche Erstausbildung begonnen hatten, berufsspezifisch variierte. Wie die berufsfeldspezifische Analyse der Passung zwischen Ausbildungszertifikat und Erwerbstätigkeit zeigte, hing die Anschlussfähigkeit der beruflichen Ausbildungszertifikate einerseits von der Branchenentwicklung und andererseits von den Personalrekrutierungsstrategien ab. Wird nicht nur die Branchenentwicklung als ausschlaggebendes Differenzierungskriterium unterschiedlicher Erwerbsintegrationschancen betrachtet, sondern auch die erwerbsintegrative Bedeutung der Personalrekrutierungsstrategie beleuchtet, ergeben sich vier Szenarien:

1. Mehrfachqualifizierung: In Zeiten prosperierender Branchenentwicklung verlieren bei zertifikatsorientierter Personalrekrutierungsstrategie die Erstausbildungsberufe ihre erwerbseinstiegsprägende Bedeutung. Mehrfachqualifikationen werden zu einer notwendigen Voraussetzung für die Erwerbsintegration. Zwar sind Quereinstiege auch in Bereiche, in denen zertifizierte Qualifikationen üblicherweise Einstiegsvoraussetzung sind, möglich. Mehrfachqualifikationen sind jedoch eine notwendige Voraussetzung für einen längerfristigen Verbleib.

2. Verberuflichung: In Zeiten rezessiver Branchenentwicklung werden bei zertifikatsorientierter Personalrekrutierungsstrategie berufliche Qualifikationen zu der zentralen Voraussetzung für die Erwerbsintegration. Sie sind jedoch keine Garantie für

deren Realisierung, denn die Konkurrenz zwischen den entsprechend Qualifizierten verschärft sich. Demnach werden nicht nur nicht-nachfrageentsprechend Ausgebildete aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzt, darüber hinaus gewinnen zusätzliche Signale (auch nicht-zertifizierte Qualifikationen) und andere Indizes (z.B. die Geschlechtszugehörigkeit) an Bedeutung für die Erwerbsintegration.

3. *Entberuflichung*: In Zeiten prosperierender Branchenentwicklung führt eine Personalstrategie, bei der berufliche Ausbildungszertifikate keine Bedeutung für eine Erwerbsintegration haben, zu einer Deinstitutionalisierung von Berufen. Insbesondere wenn berufliche Ausbildungszertifikate die für die beruflichen Tätigkeiten relevanten Qualifikationen nicht (mehr) ausreichend signalisieren, verlieren sie ihre Schließungsfunktion, so dass zusätzliche Signale (auch nicht-zertifizierte Qualifikationen) und andere Indizes (z.B. die Geschlechtszugehörigkeit) den Ausschlag für eine Erwerbsintegration geben.

4. *Dequalifizierung*: In Zeiten rezessiver Branchenentwicklung strukturiert bei einer Personalstrategie, bei der berufliche Ausbildungszertifikate keine Bedeutung für eine Erwerbsintegration haben, das (Aus-)Bildungsniveau die Erwerbsintegrationschancen. Unter der Annahme, dass eine höhere allgemeine Qualifikation geringere Ausbildungs- bzw. Einarbeitungskosten verursacht, wird bei Personalrekrutierungen Höherqualifizierten der Vorzug gegenüber Niedrigqualifizierten gegeben.

Während der ostdeutschen Transformation kam es nicht bei allen Berufsgruppen zu einer umfassenden Destandardisierung des Erwerbseinstiegsprozesses. Erwiesen sich die beruflichen Ausbildungszertifikate als anschlussfähig an den sich berufsstrukturell radikal verändernden Arbeitsmarkt, prägte die unter den Bedingungen der DDR gefallene Ausbildungsentscheidung die Erwerbseinstiegschancen entscheidend. Berufliche Mobilitätsprozesse wurden in der Regel erst dann in Gang gesetzt, wenn es die strukturellen Rahmenbedingungen verlangten. Ein strategischer Umgang mit den neuen Bedingungen wurde nicht nur durch den weitgehend fehlenden Erfahrungshintergrund der Jugendlichen, sondern vor allem durch Unklarheiten hinsichtlich der Karriere- und Beschäftigungsaussichten in verschiedenen Berufen, Betrieben bzw. Branchen verhindert. Die Jugendlichen, deren berufliches Ausbildungszertifikat sich nicht als markttauglich erwies, standen vor der Frage, ob sie – angesichts der erheblichen Unsicherheit, wie die künftige Wirtschaftsstruktur in den neuen Bundesländern aussehen wird, in eine weitere Ausbildung investieren sollten. Umschulungen können zwar als Maßnahmen zur Anpassung der Arbeitnehmerqualifikationen an die neuen Anforderungen interpretiert werden. Jedoch spricht im Falle der ostdeutschen Transformation vieles dafür, dass sie auch als zeitweilige Herauslösung aus der Arbeitslosigkeit fungierten, die nicht die gewünschten Beschäftigungseffekte erbringen konnten. Qualifizierungen waren durch die angesichts bestehender Unsicherheiten über die zukünftige Arbeitsmarktentwicklung und den zu

prognostizierenden Qualifikationsbedarf fehlende bzw. völlig offene Verwertungsperspektive in Ostdeutschland weniger auf objektiv gegebene Chancenstrukturen gerichtet, sondern eher von sozialstaatlich vorgegebenen „Kanalisierungswegen“ (Preiß 1999: 95) abhängig und damit in ihrer erhofften erwerbsintegrierenden Wirkung äußerst fragwürdig. Andererseits könnten, gerade weil die Erwerbschancen in berufsfachlich strukturierten Arbeitsmärkten in starkem Maße von zertifizierten Qualifikationen abhängig sind, solche Qualifizierungsbemühungen längerfristig zu Vorteilen bei der Erwerbsintegration führen.

In der vorliegenden Arbeit konnte die Bedeutung des Ausbildungsbetriebs für die individuellen Erwerbseinstiegschancen während der ostdeutschen Transformation aufgrund unzureichender Informationen über dynamische Betriebs- und Branchenstrukturen im verwendeten Datensatz nur ansatzweise betrachtet werden. Jedoch verweist die erwerbseinstiegsprägende Bedeutung einer zu Beginn des ostdeutschen Transformationsprozesses verstärkten binnenorientierten Beschäftigungspraxis in der Industrie auf die besondere Bedeutung der Dynamik betrieblichen Wandels für den Erwerbseinstiegsprozess. Wenn die Beschäftigung der in einem Industriebetrieb ausgebildeten ostdeutschen Jugendlichen im Ausbildungsberuf nicht mehr möglich war, gelang ihnen ein Wechsel in eine andere berufliche Tätigkeit – ohne ein dementsprechendes Ausbildungszertifikat vorweisen zu können – am schnellsten. Eine besondere Herausforderung wird es vor dem Hintergrund dieses Ergebnisses zukünftig sein, die Entwicklung der Betriebs- und Branchenstrukturen bei der Analyse der Erwerbseinstiegschancen zu berücksichtigen.

Die empirischen Analysen legen den Schluss nahe, dass von einer Aufrechterhaltung der hohen Beruflichkeit auch während der Transformation in Ostdeutschland auszugehen ist. Allerdings wird im Zuge weitreichender Strukturveränderungen die damit verbundene Rigidität beruflicher Mobilitätschancen zunächst aufgehoben. Der berufsstrukturelle Wandel musste im Zuge der ostdeutschen Transformation in ungewöhnlichem Maße intragenerational und unter (zunehmender) Preisgabe des Berufsprinzips bewältigt werden. Dies zeigte sich in einem auch nach 1989 in der 1960er Geburtskohorte weiterhin relativ kontinuierlichen Sinken der berufsstrukturellen Passung zwischen Ausbildungszertifikat und ausgeübter Tätigkeit sowie einer im Vergleich zu DDR-Zeiten unveränderten Steigerung der berufsstrukturellen Passung durch den Erwerb weiterer Ausbildungszertifikate. Demgegenüber erhöhte sich bei den ostdeutschen Jugendlichen, die ihren Erwerbseinstieg während der Transformation bewältigen mussten, die berufsstrukturelle Passung durch den Erwerb weiterer Ausbildungszertifikate (ab Januar 1994) wieder deutlich. Obwohl es bei den noch nicht (vollständig) ins Beschäftigungssystem eingemündeten ostdeutschen Jugendlichen zunächst zu einer gravierenden Lockerung der Verweisungszusammenhangs zwischen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem kam, erfolgte die Erwerbsintegration im weiteren Transformationsverlauf in erster Linie über

berufliche Ausbildungszertifikate. Durch die schlagartige, massive Entwertung der beruflichen Ausbildungszertifikate während der ostdeutschen Transformation wurde der Erwerbseinstiegsprozess länger, teilweise auch hürdenreicher. Damit konnte ein zentrales Ergebnis der bisherigen Transformationsforschung präzisiert werden. Insbesondere für die Erwerbseinsteiger ist das zentrale Strukturmerkmal des ostdeutschen Arbeitsmarktes der berufsfachlich strukturierte Arbeitsmarkt, dessen Funktionsfähigkeit wesentlich von einer einheitlichen Regulierung von Berufsbildern, Berufsinhalten und -zielen abhängt. Die Erwerbchancen der ins Beschäftigungssystem Integrierten werden demgegenüber nicht nur durch berufliche Ausbildungszertifikate, sondern auch entscheidend von nicht-zertifizierten Qualifikationen bestimmt.

8.1.2. Stärkere Differenzierung zwischen den Frauen

Betrachtet man die lebenszeitlichen Destandardisierungstendenzen geschlechtsspezifisch, ist bei den jungen Männern eine mit der Situation in der DDR vergleichbare, im Hinblick auf berufliche Mobilität sogar verstärkte lebenszeitliche Homogenität der Erwerbseinstiegsereignisse zu erkennen. Demgegenüber zeigt sich bei den jungen Frauen während der ostdeutschen Transformation eine im Vergleich mit der DDR zunehmende lebenszeitliche Heterogenität bei den meisten der analysierten Erwerbseinstiegsereignisse. Abgesehen von einer höheren lebenszeitlichen Standardisierung beruflicher Mobilität verringert sich bei den jungen ostdeutschen Frauen die hohe lebenszeitliche Standardisierung des Erwerbseinstiegs während der ostdeutschen Transformation. Die verstärkte Verzögerung des Erwerbseinstiegs bei den Frauen ist darauf zurückzuführen, dass sie aufgrund der geschlechtsspezifischen Segregation der DDR-Ausbildungsberufe und der ausbildungsspezifischen institutionellen Veränderungen häufiger gezwungen waren, ihre berufliche Erstausbildung abzubrechen. Zudem wurden sie im Zuge der ostdeutschen Transformation massiv aus dem Arbeitsmarkt verdrängt. Diese Verdrängung äußerte sich nicht nur in höheren Arbeitslosigkeitsrisiken, sondern vor allem auch in einer höheren Umschulungs- und Weiterqualifizierungsbeteiligung der Frauen. Diese Befunde sind Indizien, die die in der Geschlechterdiskriminierungshypothese formulierte Vermutung einer Benachteiligung von Frauen gegenüber den Männern beim Erwerbseinstieg während der ostdeutschen Transformation belegen.

Demgegenüber konnte in der vorliegenden Arbeit durch die Berücksichtigung der Mehrstufigkeit des Erwerbseinstiegsprozesses herausgearbeitet werden, dass die jungen Frauen – gelang ihnen die Aufnahme einer ersten Erwerbstätigkeit nach dem Abschluss ihrer beruflichen Erstausbildung – beim niveauadäquaten Berufseinstieg gegenüber den Männern nicht benachteiligt waren. Insbesondere in bestimmten Erstausbildungsberufen ausgebildete Frauen der 1971er Geburtskohorte konnten, wenn sie direkt nach dem ersten Ausbildungsabschluss erwerbstätig waren, gegenüber den Männern dieser Geburtskohorte

häufiger einen niveauadäquaten Berufseinstieg realisieren und länger im Erstausbildungsberuf verbleiben. Exemplarisch dafür stehen die besonderen Destandardisierungsrisiken der Fachschüler einerseits und ihre besseren Berufsverbleibschancen andererseits. Aufgrund der institutionellen Veränderungen waren die – vorwiegend weiblichen – Fachschüler häufig gezwungen, ihre Fachschulausbildung abzubrechen. Darüber hinaus waren Fachschulabsolventen nach dem Abschluss ihrer Erstausbildung auch seltener erwerbstätig. Gelang ihnen jedoch nach dem Abschluss ihrer Erstausbildung die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, geschah dies nicht nur häufiger ausbildungsniveauadäquat im erlernten Beruf, sondern auch ein daran anschließender Berufswechsel war weniger wahrscheinlich. Insbesondere in den Sozial- und Erziehungs- sowie Gesundheitsberufen ausgebildete junge Frauen konnten – wenn sie eine Erwerbstätigkeit nach dem Ausbildungsabschluss aufnahmen – häufiger einen direkten Erwerbseinstieg realisieren. Den Frauen bot demnach nicht nur eine stärkere Platzierung im öffentlichen Sektor aufgrund der Übernahmeregelung des Einigungsvertrages Vorteile gegenüber den Männern (vgl. Mayer 1997: 91), sondern es zeichnen sich auch bessere Erwerbseinstiegschancen für die mit dringend benötigten Qualifikationen ausgestatteten jungen Frauen ab.

Gestützt auf die verweildauerspezifische Analyse des Erwerbseinstiegsprozesses wurden diese Befunde jedoch nicht ausschließlich als Beweis für bessere Erwerbseinstiegschancen von Frauen gedeutet, sondern auch als Hinweis für die generell besseren Erwerbschancen der Männer während der ostdeutschen Transformation interpretiert. Die Übergangsrates in eine andere berufliche Tätigkeit war bei den 1971 geborenen Männern gegenüber den Frauen signifikant höher. Aus kurzfristiger Perspektive bleibt damit zu konstatieren, dass den jungen Männern die Aufnahme einer ersten Erwerbseinstieg während der ostdeutschen Transformation gegenüber den jungen Frauen besser gelang, auch wenn diese Beschäftigungsverhältnisse tendenziell instabiler und mit Dequalifizierungen verbunden waren. Jedoch muss es anderen Untersuchungen vorbehalten bleiben, die langfristigen Folgen der geschlechtsspezifischen Reorientierungsmuster, bei denen die Frauen stärker als die Männer in eine vorgreifende berufliche Um- bzw. Weiterqualifizierung investierten und die Männer dem ursprünglichen Ausbildungszertifikat nicht entsprechenden beruflichen Tätigkeiten aufnahmen, zu beurteilen.

Die Vermutung, dass die jungen Frauen gegenüber den jungen Männern beim Erwerbseinstieg während der ostdeutschen Transformation benachteiligt waren, kann vor dem Hintergrund dieser Befunde nicht eindeutig bestätigt werden. Die geschlechtsspezifische Segregation der DDR-Ausbildungsberufe verschärfte die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen und schwächte sie zugleich ab. Einerseits ging die ostdeutsche Transformation mit einem beträchtlichen Ausschluss der Frauen aus dem Arbeitsmarkt, andererseits mit einem längeren Verbleib der Frauen im Erstberuf einher. Durch einen detaillierten Blick auf die geschlechtsspezifischen Erwerbseinstiegsrisiken konnten diese auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinenden Ergebnisse der Transformationsforschung zu den unterschiedlichen Erwerbschancen von Männern und Frauen in der vorliegenden Arbeit

miteinander versöhnt werden, indem einerseits die besondere Benachteiligung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt belegt, andererseits jedoch auch ihre spezifischen Erwerbseinstiegschancen beschrieben wurden.

Offensichtlich kam es während der ostdeutschen Transformation zwischen den 1971 geborenen Frauen mit verschiedenen qualifikatorischen Voraussetzungen zu einer stärkeren Differenzierung als zwischen den Männern dieser Geburtskohorte. Nicht nur die in ihrer Reichweite noch immer nicht ganz überschaubaren Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch die Übernahme des westdeutschen – insbesondere familienpolitischen – Institutionengefüges führte zu einer deutlich stärkeren Differenzierung zwischen den jungen Frauen in unterschiedlichen Lebenssituationen. In der vorliegenden Arbeit wurden immer wieder Benachteiligungen der Jugendlichen, die mit einem Partner bzw. mit Kindern zusammenlebten, sichtbar. Sogar der vermeintlich berufsstabilisierende Effekt von Partnerschaft bzw. Kindern entpuppte sich bei der Analyse der Erwerbseinstiegsmuster als Fehlinterpretation. In der vorliegenden Arbeit konnte belegt werden, dass die Geburt bzw. das Vorhandensein von Kindern in der DDR zwar zunächst berufliche Diskontinuität verhinderte, im weiteren Bildungs- und Erwerbsverlauf jedoch häufiger berufliche Mobilität mit sich brachte. Während der ostdeutschen Transformation wurden dagegen die Jugendlichen, die Kinder zu betreuen hatten, fast vollständig aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzt. Das Zusammenleben mit einem Partner hatte in der DDR fast keine differenzierende Bedeutung für den Erwerbseinstieg, gewann während der ostdeutschen Transformation jedoch an erwerbseinstiegsprägender Relevanz – bei abnehmendem Einfluss des Vorhandenseins von Kindern. Nicht mehr das Vorhandensein von Kindern, sondern das Zusammenleben mit einem Partner förderte während der ostdeutschen Transformation zunächst berufliche Kontinuität beim Erwerbseinstieg während der ostdeutschen Transformation und führte allerdings im weiteren Bildungs- und Erwerbsverlauf zu höherer beruflicher Diskontinuität. Die in der Regel komplementäre Entwicklung des Kinder- und Partnerschaftseffektes bekräftigt den Bedeutungswandel von Kindern und Partnerschaft für den Erwerbseinstiegsprozess während der Transformation. Hier kristallisieren sich spezifische Konfliktpotentiale für die jüngeren Frauen heraus, die aus ihrer – trotz krisenbedingter Verdrängung von Frauen aus dem Arbeitsmarkt und trotz westdeutscher familienpolitischer Unterstützungssysteme noch immer – hohen Erwerbsneigung und ihrer realen oder antizipierten Familiensituation resultieren. Vor allem die hohe Umschulungs- und Weiterqualifizierungsbereitschaft der jungen Frauen weist über „transitorische Handlungsorientierungen“ (Beer 1994: 629) hinaus und ist Ausdruck der Erschütterung des dem bundesdeutschen sozialpolitischen Regelwerk zugrunde liegenden Familienbildes mit einem kontinuierlich vollzeit-erwerbstätigen Ehemann und einer nur eingeschränkt erwerbstätigen Ehefrau, die in Phasen ihrer Nichterwerbstätigkeit vom Ehemann mit versorgt wird. In der Gesamtbilanz muss demzufolge trotz aller

nivellierenden Faktoren die Benachteiligung der jungen Frauen gegenüber den Männern beim Erwerbseinstieg während der ostdeutschen Transformation attestiert werden.

8.1.3. Verschärfte Auswirkungen unterschiedlicher Ressourcenausstattung

Der gesellschaftliche Umbruch in Ostdeutschland hatte keine von den individuellen und sozialen Ressourcen unabhängigen Auswirkungen auf den Erwerbseinstiegsprozess. Es gibt sogar Anzeichen dafür, dass – ähnlich wie Elder (1974) in Bezug auf die Große Depression feststellte –¹ das Ausmaß der in den Umbruchzeiten zur Verfügung stehenden Ressourcen zu einer verschärften Abgrenzung zwischen den unterschiedlich ausgestatteten Jugendlichen führte.

Gestützt wird dieser Befund *erstens* durch die gestiegene Bedeutung des Qualifikationsniveaus für die Erwerbseinstiegschancen. Freilich wurden die jungen niedrigqualifizierten Jugendlichen zu Beginn der ostdeutschen Transformation nicht vollständig aus dem ostdeutschen Arbeitsmarkt verdrängt, sondern hatten aufgrund der verstärkten Außenorientierung des Personaleinsatzes im Bau- und Dienstleistungsbereich mit den Facharbeitern vergleichbare Erwerbchancen. Im weiteren Transformationsverlauf häufen sich allerdings die Hinweise auf eine zunehmende Benachteiligung Niedrigqualifizierter. Ihre höhere Betroffenheit von Arbeitslosigkeit sowie höhere Berufswechselanteile bekräftigen die prekäre Situation von Jugendlichen mit geringem (Aus-)Bildungsniveau beim Erwerbseinstieg. Jedoch vor allem die Tatsache, dass qualifizierte Jugendliche günstigere Umschulungs- bzw. Weiterbildungschancen hatten, begründet den Verdacht von sich im Laufe der ostdeutschen Transformation verfestigender Benachteiligungen Niedrigqualifizierter. Angesichts dieser Befunde kann die Bildungsaufwertungshypothese als bestätigt gelten.

Obwohl sich *zweitens* viele der ostdeutschen Jugendlichen nach 1989 beruflich umorientierten, versuchten nur wenige, die aus den DDR-spezifischen Zugangsregelungen zu höherer Schulbildung resultierenden Bildungsentscheidungen grundlegend zu korrigieren. Hatten die Jugendlichen das Bildungssystem verlassen, standen Bildungsentscheidungen nur selten auf dem Prüfstand. Berufliche Mobilität richtete sich weniger auf ein höheres Ausbildungsniveau, als vielmehr auf die Überbrückung von Arbeitslosigkeit bzw. auf den Erwerb eines als zukunftssträftig angesehenen beruflichen Ausbildungszertifikates. Der längere Verbleib bzw. die Rückkehr ins Bildungssystem stellte für viele Jugendliche eher eine „Ersatzhandlung“ anstelle einer Erwerbstätigkeit dar. Durch zahlreiche sozialpolitische Maßnahmen, die vordergründig auf eine Entlastung des

¹ Elder fand bemerkenswerte Unterschiede zwischen den Auswirkungen der Großen Depression auf Kinder der Arbeiterklasse im Vergleich zu denen der Mittelklasse. Gruppen mit höherem sozioökonomischen Status konnten sich häufig vor problematischen Ereignissen schützen oder deren negative Wirkung mindern (Elder 1974: 271ff.).

Arbeitsmarktes zielten, einerseits und aufgrund der als ungünstig eingeschätzten Arbeitsmarktlage andererseits wurde die Verzögerung des Erwerbseinstiegsprozesses begünstigt.

Damit eng verbunden ist *drittens* die erwerbseinstiegsprägende Bedeutung der sozialen Herkunft für den Erwerbseinstiegsprozess während der ostdeutschen Transformation. Erneut konnte auch in der vorliegenden Arbeit bekräftigt werden, dass in der DDR das elterliche Bildungsniveau das Schulbildungsniveau ihrer Kinder bei Verlassen der Schule prägte. Obwohl in der Regel keine über die Bedeutung des elterlichen Bildungsniveaus für das Schulbildungsniveau ihrer Kinder hinausgehenden Einflüsse auf den Erwerbseinstieg während der ostdeutschen Transformation auszumachen sind, gibt es Hinweise darauf, dass durch die Wirren des Vereinigungsprozesses die Prägekraft der sozialen Herkunft für den Erwerbseinstieg an Bedeutung gewonnen hat. Trotz massiver Veränderungen der Ressourcen der Herkunftsfamilie war das elterliche Bildungsniveau bei der Entscheidung, ob berufliche Mobilitätsprozesse durch den Erwerb eines Ausbildungszertifikates flankiert wurden, ausschlaggebend. Hatten die Eltern ein höheres Bildungsniveau bereiteten deren Kinder berufliche Neuorientierungen häufiger durch den Erwerb eines weiteren beruflichen Ausbildungszertifikates vor. Dagegen investierten Kinder niedrigqualifizierter Eltern seltener in eine vorgreifende bzw. parallele berufliche Ausbildung und versuchten, eigene Arbeitslosigkeit durch die Aufnahme nichtqualifikationsadäquater Erwerbstätigkeit zu vermeiden. Offensichtlich war die soziale Herkunft aufgrund der äußerst schwierigen Arbeitsmarktsituation in Ostdeutschland besonders wichtig für die Erwerbseinstiegschancen. Da ein großer Teil der Abiturienten die erste berufliche Ausbildung noch nicht abgeschlossen hat, kann der Einfluss der sozialen Herkunft auf den Erwerbseinstiegsprozess während der ostdeutschen Transformation in der vorliegenden Arbeit nicht abschließend beurteilt werden. Dennoch wird die Einfache Reproduktionshypothese vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse nicht nur bestätigt, sondern ist noch zu verschärfen. Die soziale Herkunft beeinflusst die Erwerbseinstiegschancen nicht nur, indem sie den Zugang zu bestimmten Bildungsniveaus, zu bestimmten Berufsausbildungen bzw. zu bestimmten beruflichen Positionen prägt, sondern auch, indem sie unterschiedliche Voraussetzungen zur Bewältigung kritischer Lebensereignisse schafft.

Darüber hinaus kann *viertens* festgehalten werden, dass die sozialisatorische Prägung bzw. die Verfügbarkeit von früheren bzw. aktivierbaren elterlichen Netzwerken in gesellschaftlichen Umbruchsituationen zu unterschiedlichen Bewältigungschancen des Erwerbseinstiegsprozesses führt. Jugendlichen mit in der DDR unterqualifiziert eingesetzten Eltern gelang es besser, den Erwerbseinstiegsprozess während der ostdeutschen Transformation ohne berufliche Veränderungen zu bewältigen. Mangels genauerer Indikatoren, die den Sozialisationskontext sowie die früheren bzw. die zum jeweiligen Ereigniszeitpunkt aktivierbaren elterlichen Netzwerke abbilden, muss die Interpretation dieses Befundes zwar unscharf bleiben. Deutlich geworden ist allerdings, dass nicht alle Sozialisationsinflüsse bzw. alle noch innerhalb der strukturellen

Gegebenheiten der DDR erfolgten Selektionsprozesse ihre Relevanz für die Bildungs- und Erwerbsverläufe nach 1989 verloren haben. Bei zukünftigen Erwerbseinstiegsanalysen muss demnach früheren Prägungen des Erwerbseinstiegsprozesses durch das Elternhaus verstärkt Beachtung geschenkt werden. Dabei wird es für die Qualität der Interpretationen nicht unerheblich sein, ob eine stärkere inhaltliche Spezifizierung und eine Dynamisierung dieses Zusammenhangs gelingt.

Dennoch ist *fünftens* die aktuelle soziale Situation im Elternhaus nicht unerheblich für den Erwerbseinstiegsprozess der Kinder. Die gesellschaftlichen Umstrukturierungen im Zuge der ostdeutschen Transformation haben zu Veränderungen der ökonomischen und sozialen Ressourcen der Herkunftsfamilie geführt, die sich auch im Erwerbseinstiegsprozess ihrer Kinder niederschlagen. Insbesondere Arbeitslosigkeit im Elternhaus führte dazu, dass alle Anstrengungen der Jugendlichen darauf konzentriert waren, eigene Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Wenn die Eltern nach 1989 beruflich abstiegen, nahmen auch die Kinder häufiger in Kauf, nicht entsprechend ihrem beruflichen Ausbildungszertifikat beschäftigt zu sein. Die empirischen Analysen der vorliegenden Arbeit haben die in der Dynamisierten Reproduktionshypothese formulierte Vermutung, dass die aktuelle soziale Positionierung der Eltern für den Erwerbseinstiegsprozess eine ausschlaggebende Rolle spielte, bestätigt. Es ist davon auszugehen, dass bei einer dynamisierten Erhebung dieses Indikators der Zusammenhang zwischen der aktuellen sozialen Situation im Elternhaus und dem Erwerbseinstiegsprozess noch eindeutiger interpretiert werden kann. Offensichtlich prägten sowohl frühere als auch aktuelle Herkunftsbedingungen den Erwerbseinstieg. Es bedarf jedoch noch einiger konzeptioneller Überlegungen, dieses Wechselspiel aus früheren Prägungen und aktuellen Einflüssen auf die Erwerbseinstiegschancen empirischen Untersuchungen besser zugänglich zu machen.

8.2. Der Erwerbseinstiegsprozess während der ostdeutschen Transformation: Modellfall eines politisch gesteuerten Institutionentransfers?

Der Transformationsprozess in Ostdeutschland war insbesondere durch die Schlagartigkeit und Radikalität der institutionellen Veränderungen, aber auch durch die politische Festlegung des Ziels der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten („Angleichung der Lebensverhältnisse“ an die sozialen Standards der westdeutschen Bundesländer), gekennzeichnet. Insofern ist zu fragen, inwiefern die beobachteten Veränderungen des Erwerbseinstiegsprozesses auf die besonderen Bedingungen des Transformationsprozesses zurückzuführen oder Ausdruck verallgemeinerbarer Entwicklungstendenzen während eines politisch gesteuerten Transfers von unter anderen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen entstandenen, institutionellen Regelungen der Verknüpfung von Bildungs- und Beschäftigungssystem sind.

Als Besonderheiten des ostdeutschen Transformationsprozesses für den Erwerbseinstieg der Jugendlichen können insbesondere die im Einigungsvertrag vereinbarten Anerkennungsregelungen von Schul- und Ausbildungszertifikaten, die mit berufsspezifischen Erwerbchancen aufgrund der Schließung des Arbeitsmarktes nach dem Ausbildungszertifikat einhergingen, genannt werden. Darüber hinaus eröffneten spezifische Übergangsregelungen, die insbesondere bei institutionellen Veränderungen der Ausbildungslandschaft eingerichtet wurden, ungewöhnliche Erwerbseinstiegschancen und verhinderten in der Regel einen radikalen Bruch in den Erwerbseinstiegsmustern. Auch die enormen Anstrengungen, die radikalen wirtschafts-strukturellen Veränderungen sozialpolitisch abzufedern, können zur Begründung einer Sonderstellung der ostdeutschen Transformation herangezogen werden.

Eine Reihe von Befunden deutet jedoch über die ostdeutsche Sondersituation hinaus. Insbesondere die allgemeine theoretische Vorstellung eines radikalen Bruchs in den Erwerbseinstiegsmustern während radikaler struktureller Veränderungen muss angesichts der Ergebnisse der vorliegenden Arbeit relativiert werden. Viele ostdeutsche Jugendliche, die von den gesellschaftlichen Umstrukturierungen während ihres Erwerbseinstiegs getroffen wurden, legten zwar längere, weniger geradlinige Wege vom Bildungs- ins Beschäftigungssystem zurück. Sie absolvierten verstärkt Mehrfachausbildungen und verblieben länger in Hochschulausbildungen, so dass die Grenzen zwischen Ausbildungs- und Erwerbsphase im Zuge der ostdeutschen Transformation deutlich unschärfer wurden. Die empirischen Ergebnisse verweisen jedoch weniger auf eindeutig an ein bestimmtes historisches Datum geknüpfte Strukturbrüche, sondern eher auf unterschiedliche lebensverlaufsspezifische Chancenstrukturen. Abhängig davon, mit welchem „Gepäck“, in welcher aktuellen Lebenssituation und mit welchen Zukunftsvorstellungen die Jugendlichen am Beginn des ostdeutschen Transformationsprozesses standen und welche Gelegenheiten sich im weiteren Verlauf boten, waren die Erwerbseinstiegschancen für die Angehörigen der gleichen Geburtskohorte äußerst unterschiedlich. An die Stelle der Überbetonung des Lebensalters müssen deshalb Überlegungen zur multiplen Zeitabhängigkeit sozialer Entwicklungen treten, die viele (parallele) Zeitverläufe zulassen. Dadurch werden „die starren Kategorien des kohortenanalytischen Paradigmas (...) aufgelöst: das Alter in ein *mehrdimensionales Bündel von Zustandsdauern* im Lebensverlauf, die Kohortenzugehörigkeit in eine sich *akkumulierende, mehrdimensionale, mehrebenenbezogene ‚Lebensgeschichte‘*, die Periode in einen ebenfalls *mehrdimensionalen, mehrebenenbezogenen Raum aktueller Lebensbedingungen und -opportunitäten*“ (Mayer 1990: 457, Hervorhebungen im Original).

Trotz der tiefgreifenden und raschen Veränderungen der strukturellen Rahmenbedingungen während der ostdeutschen Transformation wurde der Erwerbseinstiegsprozess durch in der DDR gefallene Entscheidungen sowie dort erfolgter Prägungen strukturiert. Indem Belege für – über den aktuellen Verweisungszusammenhang hinausgehende – Auswirkungen

früherer Gegebenheiten und Entscheidungen auf den Erwerbseinstiegsprozess während weitreichender gesellschaftlicher Veränderungen gefunden wurden, konnte die These vom Lebensverlauf als endogenem Kausalzusammenhang bestätigt werden. Die dem zugrunde liegenden Mechanismen sind einerseits in der erwerbsverlaufsprägenden Bedeutung des Bildungsniveaus und – nicht nur darüber vermittelt – der sozialen Herkunft zu suchen. Wenn es bei zukünftigen Erwerbseinstiegsanalysen gelingt, die zeitliche Dynamik sowohl des individuellen Bildungs- und Erwerbsverlaufs als auch des Herkunftszusammenhangs zu berücksichtigen, wird dieser zentrale gesellschaftliche Differenzierungsmechanismus möglicherweise theoretisch begründbar. Augenscheinlich unterscheiden sich intergenerationale Reproduktionsmechanismen nur wenig zwischen verschiedenen Gesellschaftsformen, sind allerdings hinsichtlich ihres Einflusspotentials von den institutionellen Kontexten geprägt und besitzen insbesondere in gesellschaftlichen Umbruchzeiten eine außerordentliche Relevanz.

Die radikalen gesellschaftlichen Strukturveränderungen waren mit weitreichenden Neuorientierungen in allen anderen Lebensbereichen verbunden. In der vorliegenden Arbeit konnte herausgearbeitet werden, dass insbesondere die Veränderungen hinsichtlich der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie für den Erwerbseinstiegsprozess relevant sind. Die Tragweite der empirischen Befunde geht jedoch darüber hinaus, dass in zukünftigen Untersuchungen des Übergangs zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem der Interdependenz von Erwerbseinstiegs- und Familienbildungsprozessen – unter Berücksichtigung partnerschaftlicher Bildungs- und Erwerbsverläufe – verstärkt Rechnung getragen werden sollte. Die Ansprüche der Frauen auf ökonomische Selbständigkeit (und damit die Forderung nach ausreichender Kinderbetreuung) blieben in Ostdeutschland auch nach 1989 erhalten und forderten zu einer kreativen Umgangsweise mit den neuen Rahmenbedingungen heraus. Die durch die gesellschaftlichen Veränderungen notwendig gewordene Anpassung an die neuen Strukturen erfolgte nicht durch das Kopieren westdeutscher Vorbilder, sondern vorrangig durch die Mobilisierung biographischer Ressourcen und deren gezielte Verwertung. Vor allem an dieser Stelle zeigte sich, dass die raschen, sich an der institutionellen Ausgestaltung der westdeutschen „Referenzgesellschaft“ orientierenden Umgestaltungen in Ostdeutschland nicht immer die gleichen Entwicklungen und Tendenzen wie in Westdeutschland – quasi im Zeitraffer – hervorbrachten, sondern sich mit dem Institutionentransfer auch transformationsspezifisch neue Bewältigungsmuster herauskristallisierten, die gewiss auch Rückwirkungen auf die Institutionen der „Referenzgesellschaft“ haben werden (vgl. Klein 1993, Czada 1998).

8.3. Schlussfolgerungen für die theoretische und analytische Konzeption des Erwerbseinstiegsprozesses

In der vorliegenden Arbeit wurde ein theoretischer Rahmen für die Untersuchung des Erwerbseinstiegsprozesses unter besonderer Berücksichtigung der Wandlungsfähigkeit gesellschaftlicher Rahmenbedingungen entwickelt und bei der Analyse der Entkopplungsfolgen von Bildungs- und Beschäftigungssystem während der ostdeutschen Transformation umgesetzt. Eine Herausforderungen für zukünftige Arbeiten, die den Übergang vom Bildungs- ins Beschäftigungssystem zum Gegenstand haben, wird es sein, diesen theoretischen Rahmen weiterzuentwickeln und durch entsprechende empirische Analysen auszufüllen.

Dabei ist *erstens* grundsätzlich zu beachten, dass das jeweilige historisch und gesellschaftlich spezifische Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystem darüber entscheidet, wie vielfältig die dabei zu bewältigenden Entscheidungs- und Selektionsstufen sind und welchen Erwerbseinstiegsereignissen eine ungleichheitsrelevante Bedeutung zukommt. Vor diesem Hintergrund ist zu hinterfragen, mit welchem Ereignis der Erwerbseinstieg beginnt und endet. Angesichts der ausgeprägten Selektionsleistung der westeuropäischen Bildungssysteme ist es z.B. fraglich, ob der Erwerbseinstieg in diesen Ländern erst mit dem Verlassen der Schule beginnt. Noch zweifelhafter ist jedoch, ob der Erwerbseinstieg – in Anbetracht gesellschaftsspezifischer Standardisierungsniveaus und feststellbarer Destandardisierungstendenzen – mit der Aufnahme einer ersten Erwerbstätigkeit endet.

Der Erwerbseinstiegsprozess ist jedoch nicht das alleinige Resultat des jeweiligen Verhältnisses von Bildungs- und Beschäftigungssystem, sondern auch das Ergebnis eines unablässigen Abwägens individueller Vorstellungen und subjektiv wahrgenommener Möglichkeiten. Es reicht deshalb *zweitens* nicht aus, die institutionellen Festlegungen des Bildungs- und Beschäftigungssystem sowie deren Verknüpfung zu beschreiben. Erwerbseinstiegsanalysen sollten vielmehr mit der Analyse des sich in der Auseinandersetzung der Gesellschaftsmitglieder mit den institutionellen Vorgaben realisierenden Verhältnisses von Bildungs- und Beschäftigungssystem beginnen.

Dabei muss insbesondere die Frage beantwortet werden, an welchen Selektions- und Entscheidungsstufen die entscheidenden Weichen für die Bewältigung des mehrstufigen Erwerbseinstiegsprozesses gestellt werden und welche Differenzierungslinien sich als strukturprägende Mechanismen beim Erwerbseinstieg erweisen. Für den Erwerbseinstiegsprozess sind dabei *drittens* nicht nur die aktuellen Gegebenheiten relevant. Selbst bei tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandlungsprozessen haben Ereignisse in der Vergangenheit einen Einfluss auf die Ausformung des weiteren Lebensverlaufs. So eröffnet in der Regel erst ein weiterführender Schulbesuch die Möglichkeit zu einer höherqualifizierten Tätigkeit. Weil eine Rückkehr ins allgemeinbildende Schulsystem zwar

möglich ist, jedoch – selbst im Zuge der strukturellen Veränderungen in Ostdeutschland – eher selten in Anspruch genommen wird, prägen die Selektions- und Entscheidungsbedingungen beim Zugang zum Abitur die Erwerbseinstiegschancen entscheidend. Offensichtlich sind Bildungsentscheidungen nicht in dem Maß disponibel wie Entscheidungen für eine bestimmte berufliche Ausbildung bzw. Tätigkeit. Dennoch strukturieren auch die Selektions- und Entscheidungsbedingungen bei der Berufswahl die Erwerbseinstiegschancen. Bestimmte Ausbildungszertifikate können sich als nicht anschlussfähig an die Arbeitsmarktbedingungen erweisen, so dass eine berufliche Umorientierung unabdingbar für eine Beschäftigung ist. An jedem Punkt des Erwerbseinstiegsprozesses haben die Jugendlichen Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit ihrer sozialen Umwelt gesammelt, die wichtig für ihre zukünftigen Entscheidungen sind. Berufliche Kontinuität beim Erwerbseinstieg ist u.a. davon abhängig, ob bei der Ausbildungsplatzfindung der Berufswunsch verwirklicht werden konnte und persönliche Gründe ausschlaggebend waren. Dennoch reicht die Berücksichtigung früherer Bildungs- und Berufsentscheidungen sowie individueller Erfahrungen und Motivationen nicht aus, die unterschiedlichen Erwerbseinstiegschancen zu erklären. Bei der Analyse des Erwerbseinstiegsprozesses muss darüber hinaus den sozialen Reproduktionsmechanismen besondere Beachtung geschenkt werden. Zwar kann man angesichts der Anhäufung von Erfahrungen und Qualifikationen durch die Kinder von einer abnehmenden Bedeutung der sozialen Situation im Elternhaus im Laufe des Lebens ausgehen, dennoch prägt die soziale Herkunft und die aktuelle soziale Lage der Eltern nicht nur die Bildungsentscheidungen, sondern u.a. die Problembewältigungsmuster und die Berufsverbleibschancen beim Erwerbseinstieg.

Beim Erwerbseinstiegsprozess ist allerdings nicht nur die Interdependenz von kontinuierlich-stiftenden und neuartigen sozialen Strukturmerkmalen zu berücksichtigen. Parallel zum Erwerbseinstieg haben die Jugendlichen *viertens* auch Anforderungen in anderen Lebensbereichen zu bewältigen, die das Eintreten und das „timing“ von Erwerbseinstiegsereignissen beeinflussen können. Weil es vielfältige strukturelle Verschränkungen zwischen den Lebensverläufen von Ehe- oder Lebenspartnern gibt und familiäre Ereignisse (wie z.B. Heirat, die Geburt von Kindern) nicht nur den Lebensverlauf der Frauen strukturieren, sondern auch durchschlagende Wirkung auf den Lebensverlauf des Partners haben können, sollte bei Erwerbseinstiegsanalysen auch der Interdependenz von Erwerbseinstiegs- und Familienbildungsprozessen verstärkt Rechnung getragen werden.

Angesichts der Notwendigkeit erhöhter Mobilität und lebenslangen Qualifikationserwerbs wird die klassische Vorstellung eines sozial normierten Aufeinanderfolgens einzelner Erwerbseinstiegsereignisse und der klaren zeitlichen Trennung von Erwerbs- und Qualifizierungsaktivitäten in Frage gestellt (vgl. Raab 1992: 39). Aus dieser Perspektive sind *fünftens* verstärkte Anstrengungen bei der theoretisch begründeten Verknüpfung des sich wandelnden Verhältnisses von Bildungs- und Beschäftigungssystem auf der einen Seite und der Parallelität von Bildungs- und Erwerbsverläufen auf der anderen Seite nötig.

Dabei sind „die strategischen Grundlagen von Entscheidungen im Bereich von Angebot und Nachfrage der Qualifikation (Rationalitätsannahme), die Kontextabhängigkeit der Wirksamkeit individueller Ressourcen auf dem Arbeitsmarkt (Differenzierungsannahme) sowie historische Voraussetzungen der aktuellen Entscheidungskontexte (Variabilitäts- und Gestaltungsannahme) zu berücksichtigen“ (Hillmert 1999: 44, im Original Hervorhebungen), jedoch nicht bezogen auf ein bestimmtes Erwerbseinstiegsereignis, sondern auf einen miteinander eng verwobenen Qualifikationserwerbs- und -verwertungsprozess.² Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen ist es nicht sinnvoll, eine eigenständige dynamische Theorie des Erwerbseinstiegs zu entwickeln. Vielmehr sollte der Versuch unternommen werden, die sich abzeichnende Vielfalt von Bildungs- und Erwerbsverläufen gewissermaßen offensiv zum Forschungsgegenstand zu machen.

Das in der vorliegenden Arbeit neuentwickelte empirische Analysekonzept hat sich bei der Untersuchung der Veränderungen des Erwerbseinstiegsprozesses im Zuge der weitreichenden strukturellen Wandlungsprozesse während der ostdeutschen Transformation außerordentlich gut bewährt. In der vorliegenden Arbeit hat sich gezeigt, dass für die Untersuchungen der Folgen gesellschaftlicher Veränderungen für den Erwerbseinstiegsprozess Analysen nötig sind, die sich von den empirischen Befunden auf der Aggregatebene lösen und sich vordergründig der Verknüpfung von individuellen (Aus-) Bildungs- und Erwerbsverläufen im Längsschnitt widmen. Durch die Kombination dreier Analyseperspektiven wird eine adäquate Erforschung eines unter den Bedingungen gesellschaftlichen Wandels erfolgenden Erwerbseinstiegsprozesses gewährleistet.

Aus einer den Erwerbseinstiegsprozess begleitenden Perspektive können *erstens* die jeweiligen Bewältigungsbedingungen des mehrheitlich realisierten Erwerbseinstiegsprozesses untersucht werden. An jeder der Selektions- und Entscheidungsstufen beim Erwerbseinstieg wird nicht nur festgelegt, welche Jugendlichen die nächste Stufe erreichen können. Durch Zertifikate bzw. andere Zeugnisse werden die Jugendlichen auch mit unterschiedlichen Bewältigungschancen der nächsten Erwerbseinstiegsstufe ausgestattet. Die Selektions- und Entscheidungsstufen stehen also in einem engen Zusammenhang, so dass erst eine die einzelnen Stufen miteinander verbindende Analyse Aussagen über die am stärksten selektiven Erwerbseinstiegsereignisse und die dabei ausschlaggebenden Differenzierungskriterien ermöglicht.

² Der wirtschaftsstrukturelle Wandel hat auch in den westeuropäischen Industriestaaten ein solches Tempo erreicht, dass die neu entstehenden bzw. an Bedeutung gewinnenden beruflichen Tätigkeiten nicht mehr nur durch neu in den Arbeitsmarkt eintretende Generationen bewerkstelligt werden können (Lutz 1994: 18). Vor diesem Hintergrund muss die grundsätzliche Kritik an dem angeblich reformresistenten dualen System der Berufsausbildung (vgl. Geißler 1991) in eine Konzeption eines (Aus-)Bildungssystems münden, das einerseits die Vermittlung flexibel einsetzbaren Grundwissens sowie multifunktionaler Schlüsselkompetenzen und andererseits die praxisorientierte Weiterqualifizierung garantiert.

Bei dieser Vorgehensweise müssen allerdings an jeder Selektions- und Entscheidungsstufe jene Personen aus der Analyse ausgeschlossen werden, die die jeweils vorangegangene Selektions- und Entscheidungsstufe nicht überwinden konnten. Wenn der Erwerbseinstiegsprozess einen hohen Standardisierungsgrad aufweist, ist die Analyse des mehrstufigen Selektions- und Entscheidungsprozesses ausreichend. Bei einer hohen bzw. bei zunehmender Destandardisierung des Erwerbseinstiegsprozesses schwindet hingegen der Anteil der damit erfassbaren Erwerbseinstiege. Gerade die Bildungs- und Erwerbskarrieren, die über einen anderen als den mehrheitlich verfolgten Weg ins Erwerbsleben dennoch zu einer relativ stabilen beruflichen Position führen, geraten aus dem Blick. Erwerbseinstiegsanalysen haben also *zweitens* nicht nur der Mehrstufigkeit Rechnung zu tragen, sondern müssen auch die zeitliche Ausdehnung dieses Prozesses in den Blick nehmen. Es ist zu fragen, unter welchen Bedingungen ein bestimmtes Erwerbseinstiegsereignis früher, später oder überhaupt nicht eintritt. Auf den Erwerbseinstiegsprozess rückblickend werden damit Destandardisierungstendenzen beim Erwerbseinstieg analysierbar.

Stehen allerdings Ereignisse im Mittelpunkt des Analyseinteresses, wird in der Regel kein konkreter Bezug zur Lagerung dieser Ereignisse im Lebensverlauf bzw. in der historischen Zeit hergestellt. Das Eintreten eines Erwerbseinstiegsereignisses (z.B. erste Erwerbstätigkeit) ist nicht unabhängig von der Ereignisgeschichte vor dem Eintritt in den Ausgangszustand (z.B. berufliche Ausbildung) und davon, wie lange die bereits zurückgelegte Zeit im Ausgangszustand ist. Deshalb muss *drittens* ein zeitliches Gesamtbild von der Vielgestaltigkeit der Erwerbseinstiegsprozesse gezeichnet werden, auf deren Basis eine multivariate Analyse der entscheidenden Determinanten für das eine oder andere Erwerbseinstiegsmuster erfolgen kann.

Eine zentrale Frage der Sozialstrukturforschung richtet sich darauf, ob soziale Wandlungsprozesse entweder bessere Chancen für individuelle Selbstverwirklichung bieten oder ob sie Veränderungen des Erwerbseinstiegsprozesses erzwingen. Bezogen auf die Situation der 1971 geborenen Jugendlichen stellt sich also abschließend die Frage, ob die in der vorliegenden Arbeit beschriebenen Veränderungen des Erwerbseinstiegsprozesses während der ostdeutschen Transformation vordergründig strukturell bedingt waren oder auf die sich nun ergebenden Korrekturmöglichkeiten der noch unter den Bedingungen der DDR getroffenen Bildungs- und Berufsentscheidung zurückzuführen sind.

Dass in der vorliegenden Arbeit keine Anzeichen für eine massive nachholende Veränderung des (Aus-)Bildungsniveaus bei den ostdeutschen Jugendlichen der 1971er Geburtskohorte gefunden wurden, ist ein Indiz dafür, dass die Verzögerungen und Vervielfältigungen des Erwerbseinstiegsprozesses während der ostdeutschen Transformation eher strukturell bedingt waren. Dennoch ist nicht auszuschließen, dass individuelle Handlungsstrategien für die Destandardisierung des Erwerbseinstiegsprozesses während der ostdeutschen Transformation maßgeblich waren. Zwar war es aufgrund von

Beschränkungen der Datenbasis, der empirischen Analysen und ihrer Interpretationsmöglichkeiten in der vorliegenden Arbeit nicht möglich, die Absichten und Beweggründe der Jugendlichen für eine bestimmte Erwerbseinstiegsentscheidung vollständig zu ergründen. Gleichwohl gibt es einige Hinweise darauf, dass berufliche Umorientierungen von den Jugendlichen nicht in jedem Fall als Zwang interpretiert wurden. Durch den Wegfall der Verregelungen des Übergangs vom Bildungs- ins Beschäftigungssystem eröffneten sich den Jugendlichen neue Perspektiven für die Verwirklichung ursprünglicher Bildungs- und Berufswünsche bzw. für die Bewältigung von Interessenkonflikten angesichts des mit völlig veränderten Karriereoptionen versehenen Arbeitsmarktes. So ist z.B. davon auszugehen, dass eine Reihe von in Industriebetrieben ausgebildeten Jugendlichen erleichtert waren, der mit der Ausübung dieses häufig nicht gewünschten Berufes verbundenen Monotonie in den DDR-Industriebetrieben entkommen zu können.

In der vorliegenden Arbeit fanden sich jedoch viele Hinweise darauf, dass die Jugendlichen versucht haben, die unter den Bedingungen der alten Gesellschaft geprägte Normalität des Erwerbseinstiegs auch während des Strukturwandels herzustellen. Erhöhte die Verwirklichung des Berufswunsches durch persönliche Initiative in der DDR noch berufliche Kontinuität beim Erwerbseinstieg, steigerte die persönlich initiierte Berufswunschverwirklichung während der ostdeutschen Transformation allenfalls die Erwerbchancen, hatte jedoch keine berufsstabilisierende Wirkung mehr. Auch gab individuelle Motivation während der ostdeutschen Transformation weniger als zu DDR-Zeiten den Ausschlag für berufliche Veränderungen. Erst wenn sich herausstellte, dass sich die Kontinuitätsvorstellungen unter den neuen Bedingungen mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht verwirklichen ließen, kamen die individuellen Berufswünsche zum Zuge. Die Jugendlichen, deren Ausbildungszertifikate sich als nicht anschlussfähig an den berufsstrukturell veränderten Arbeitsmarkt erwiesen, waren sehr schnell bereit, auch andere berufliche Tätigkeiten zu erlernen bzw. auszuüben. Offensichtlich wird die Identifikation mit dem Beruf in gesellschaftlichen Krisensituationen gegenüber dem Eintritt in den/ Verbleib im Arbeitsmarkt zweitrangig. Berufswechsel erfolgen vordergründig als Reaktion auf die Strukturdiskrepanzen zwischen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem und erst zweitrangig, um berufliche Interessen verwirklichen zu können.

Festzuhalten bleibt, dass angesichts unvermeidlicher – im Zuge beschleunigten berufsstrukturellen Wandels wachsender – Strukturdiskrepanzen zwischen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem einerseits und möglicher individueller Interessenkonflikte andererseits, das Ideal eines nahtlosen Übergangs von der Ausbildung in eine relativ stabile berufliche Position zumindest fragwürdig ist. Deutlich herausgearbeitet wurde, dass die kreative individuelle Gestaltung der Bildungs- und Erwerbsbiographien an den institutionellen Gegebenheiten seine Grenzen findet. Die beobachteten Strukturen der Ausbildungs- und Erwerbsintegration, vor allem die geschlechtsspezifischen Unterschiede, verweisen nicht zuletzt auf die Möglichkeiten und Grenzen wohlfahrtsstaatlicher Regulierungs- und Krisenbewältigungsmechanismen. Die aus der spezifischen Gestaltung

des DDR-Bildungssystems resultierenden beruflichen Qualifikationen konnten angesichts des massiven Arbeitsplatzabbaus sowie der weitreichenden berufsstrukturellen Veränderungen im Transformationsprozess nicht vollständig und unmodifiziert auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt verwertet werden. Die empirischen Analysen dieser Arbeit haben aufgezeigt, dass die Erwerbschancen in einem verberuflichten Arbeitsmarkt auch während rascher und radikaler gesellschaftlicher Wandlungsprozesse wesentlich von individuellen Ausbildungsleistungen, vor allem deren greifbaren Resultaten in Form von beruflichen Ausbildungszertifikaten, abhängig sind.

